Ausgabe für Groß-Berlin 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 3. Juni 1926
Donnerstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48. Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Wert * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * Bild in Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
Nr. 253
3. 6. a
10 Pfennig

Zum Tage.

Der Pariser „Intransigeant" bringt einen Bericht seines Berliner Korrespondenten über die bekannte Aufschlangeleugenheit. Der Korrespondent will von Diplomaten wissen, durch die die Reichswehr kompromittiert werde, bringt sogar den Namen des Kultusministers in diesen Zusammenhang, spricht vom früheren Kronprinzen, kurz, er gibt ein Sammelsurium von Nachrichten und Kombinationen, die seiner blühenden Phantasie kein schlechtes Zeugnis ausstellen. Natürlich ist das alles Unsinn und weiter kein Grund vorhanden, sich darüber aufzuregen. Aber bezeichnend für die französischen Presse haben auch ihre erste Seite. Der französische Leser steht den inneren Verhältnissen Deutschlands im allgemeinen so fern, daß er die Berichte, die seine Zeitung aus Berlin bringt, auf Treu und Glauben hinnehmen muß. Die Leser des „Intransigeant" werden deshalb vermutlich die zitterten Meldungen ebenfalls ernst nehmen und ihre Schlußfolgerungen daraus ziehen, die nur dahin führen können, daß Deutschland, die deutsche Regierung und die Reichswehr ein sehr lebhaftes Mißtrauen zu empfinden. Es ist klar, daß das gerade das Gegenteil von dem ist, was im Interesse beider Länder gewünscht werden muß. Nach Locarno ist gegenseitige Verhetzung in den Zeitungen ganz besonders unerwünscht und schädlich, um so mehr, wenn sie auf Tatsachen, die das öffentliche Licht des Tages scheuen. Es gibt eine ganze Anzahl von Korrespondenten französischer Blätter in Berlin, die sich unter einem Pseudonym verstecken, auch der Korrespondent des „Intransigeant" gehört zu diesen mutigen Leuten. Wer das Land, in dem er lebt, beschimpft und verleumdet, sollte zum mindesten den Mut haben, dafür auch mit seinem Namen einzutreten. Wenn es wahr sein sollte, daß verleumderische Artikel wie der genannte aus Kreisen irgendwelcher ausländischer Agenten stammen, deren Mitglieder aus nahliegenden Gründen an der deutsch-französischen Verständigung ein negatives Interesse haben, zu müssen auch, denn müßte man energisch verlangen, daß diejenigen, die für diese Kommissionen verantwortlich sind, diesem Unfug ein Ende machen.

*

Spionage hat es zu allen Zeiten gegeben und wird es immer geben, auch die Spionage unter Bundesgenossen. Wie gemeldet, sind in Paris drei Engländer, die mit Radioapparaten handelten, wegen Spionage verhaftet worden. Ein französischer Kabarettsänger ist zugleich mit ihnen verhaftet worden. Das französische Gericht sprach Strafen von zwei bis drei Jahren Gefängnis gegen die Engländer aus. Nunmehr ist die Angelegenheit auch im britischen Unterhause zur Sprache gekommen. Chamberlain teilte als Antwort auf eine Anfrage mit, daß der britische Botschafter ihm die Verurteilung der Engländer durch einen französischen Gerichtshof mitgeteilt habe. Ferner las Chamberlain das Dementi vor, das der britische Botschafter Crewe schon im Dezember veröffentlicht hatte, und worin betont worden war, daß keine englische Amtsstelle irgend etwas mit jener englischen Radio-Firma zu tun habe. Chamberlain sagt dann, er habe keinen Bericht gelesen, der die Richtigkeit dieser Namen der britischen Regierung abgegebenen Erklärung angreife. Damit ist die Spionagenaffäre wohl erledigt. Das Dementi, daß keine Amtsstelle etwas mit dem einmal blodgestellten Spion zu tun hat, ist üblich, trifft auch in der Regel dis zu einem gewissen Grade zu. Solche Leute müssen, daß sie ein gewisses Risiko handeln müssen. Werden sie erwischt, so hatten sie es immer nur mit Privatpersonen zu tun. Was die Franzosen im obigen Falle den Engländern vorwerfen, das wird ihnen wiederum von den Italienern vorgeworfen, die sich zurzeit von den Franzosen ausgespaht fühlen.

Arbeitskonferenz und faschistische Arbeitervertreter.

sch. **Genf**, 3. 6. (Eigenbericht.)

In der heutigen Vormittagssitzung der Arbeitskonferenz erstattete die Prüfungskommission für die Mandate ihren Bericht. Sie beantragte die Anerkennung aller eingereichten Mandate und schloß sich damit der Ansicht an, die die tschechische Regierung vorgebracht hatte, um es zu rechtfertigen, daß ein deutscher Arbeiter aus der Tschechoslowakei in die Begleitung des tschechischen Arbeitervertreters befindet. Die Prager Regierung hat nämlich darauf hingewiesen, daß die Begleiter der Delegierten keine politische Stellung bekleiden dürfen, sie seien tschechischen Arbeitervertreter, einen Gehilfen aus einer anderen sozialistischen tschechischen Arbeitergruppe gegeben habe. Die Gültigkeit des Mandats des tschechischen Arbeitervertreters an sich hat man deutscherseits nicht bestritten.

In der Frage des faschistischen Arbeitervertreters lag ein Mehrheitsantrag und ein Minderheitsantrag vor. Letzterer beantragte die Anerkennung des faschistischen Mandats, letzterer lehnte es ab. Die Debatte wurde von den Gegnern des Faschismus durch Mertens und Jouhaux bestritten, wobei namentlich der Franzose sehr dramatische Töne anschlug. Er zergliederte außerdem einige Punkte des neuen italienischen Gewerkschaftsgesetzes. Der Italiener Rossoni betonte in seinen Gegenrede, daß jetzt hier die italienische Gesetzgebung bekämpft würde, was satzungswidrig und unzulässig sei. Dann kritisierte er die Tatsache, daß die sozialistischen Arbeiterdelegierten zwar anklagten, aber nur der Antwort des Beklagten den Saal verließen. Schließlich verteidigte er die italienische Gesetzgebung, die die Lage der italienischen Arbeiter wesentlich gebessert habe. Allerdings sei in dem vollständig faschistisch schädlichen Prinzip des Streiks feindlich. Für die Sozialisten handele es sich übrigens beim Streik um revolutionäre Gymnastik.

*

kbg. **Wien**, 3. 6. (Eigenbericht.)

Am 8. Juni beginnen in Wien zwischen der österreichischen und der tschechischen Regierung die neuen Handelsvertragsverhandlungen. Vor allem werden die Zollfragen für Zucker, Milch und Bier erörtert werden. Im Zweifel werden weitergehende Verhandlungen folgen.

Neuer Kurdenaufstand?

Englische Meldungen aus Bagdad.

ax. **London**, 3. 6. (Eigenbericht.)

Nach englischen Meldungen aus Bagdad soll im Bezirk von Wan eine neue Kurdenrevolte ausgebrochen sein, die schnell um sich greift. Eine Abteilung von 600 Kurden soll in der Nähe von Wan erschienen sein und ein siebenstündiges Gefecht mit Türken gehabt haben. Gleichzeitig soll etwa zwölf Meilen von Bitlis ein zweites Gefecht stattgefunden haben. Die Türken hätten mehrere Armeekorps in den neuen Unruhebezirk geschickt. Die 12. Brigade der türkischen Armee unter dem Kommando von Osman Nuri Bey belagere die Stadt Wan. Die Awanmastämme hätten ebenfalls gegen die Türken mobilisiert und die Kurden von Diarbekir hätten den Anschluß an die Revolte beschlossen. Die Kurden im nördlichen Syrien sollen ebenfalls unter den Waffen stehen. Kurden aus Persien wollen sich der Bewegung anschließen. Der Jyoanstamm habe einen überraschenden Ueberfall auf türkische Truppen gemacht, wobei er 600 Türken getötet und viele Gefangene gemacht haben soll. Die Rebellen sollen bereits im Besitze einer ganzen Anzahl von Städten und Dörfern sein. In Jolakert hätten sie den Gouverneur gefangen genommen und Geschütze und Munition erbeutet. Die türkischen türkischen Streitkräfte sollen in diesem Gebiet völlig aufgerieben sein.

Aus türkischer Quelle liegt noch keine Nachricht über derartige Unruhen vor, es bleibt also abzuwarten, inwieweit diese englischen Nachrichten im Zusammenhang mit dem Mißerfolg des Mossulvertrages übertrieben sind.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt über den Eintritt der Türkei in den Völkerbund: Die Türkei würde, wenn sie überhaupt eintrete, sehr scharfe Bedingungen stellen. Darunter würde sie nicht nur einen nichtständigen Ratssitz für sich selbst verlangen, sondern würde verlangen, daß von den neun nichtständigen Ratssitzen insgesamt drei an asiatische Mächte gegeben würden, also etwa an die Türkei, Persien und China. „Daily Telegraph" vermutet hinter diesen Bestrebungen natürlich schon die Hand von Moskau.

Englischer Kreuzer nach Aegypten.

Bedingungen für eine Ministerpräsidentschaft Saghluls.

a. **Paris**, 3. 6. (Eigenbericht.)

Havas meldet aus Malta, daß der Kreuzer „Resolution" den Befehl erhalten habe, in die ägyptischen Gewässer abzugehen. Mehrere andere Kriegsschiffe hätten den Auftrag, sich für die gleiche Reise bereit zu halten.

*

Der Berichterstatter der „Morning Post" in Kairo meldet: Das Ernst der Krisis nimmt eben zu. Als Eine Grundlage für eine Lösung des Problems ist noch nicht gefunden. Der britische Oberkommissar Lord Lloyd hat in einer Unterredung mit Saghlul Pascha u. a. verlangt, daß Saghlul Pascha, wenn er Ministerpräsident werde, folgende vier Punkte annehme:

1. Ernennung eines britischen Ratgebers für das Ministerium des Innern;
2. Zustimmung des Oberkommissars bei der Wahl des Ministers des Innern;
3. Ernennung von drei britischen Ratgebern für das Berufungsgericht;
4. Zustimmung dazu, daß die Fragen des Sudan und der Oase von Dscharabub als erledigt gelten.

„Financial Times" erklärt in einem Leitartikel: „Großbritannien kann keinesfalls das teure erkaufte Recht, die auswärtige Politik Aegyptens zu kontrollieren und ein wichtiges Glied in den Verbindungen des britischen Reiches zu schützen, preisgeben. Wenn Saghlul Pascha seine Tätigkeit auf die innere Gesetzgebung beschränkt, braucht er keine Einmischung zu befürchten."

*

a. **Paris**, 3. 6. (Eigenbericht.) **Havas meldet aus Lissabon, daß sich die Arbeitergewerkschaften im Prinzip für den Generalstreik im ganzen Lande ausgesprochen haben, um der Möglichkeit einer Diktatur entgegenzutreten.**

Washington, 3. 6. **Der Senat nahm heute den vom Repräsentantenhause bereits erledigten Gesetzentwurf an, der für das Ende einer Verjährungsfrist von fünf Jahren den Bau von 8100 neuen Flugzeugen vorsieht.**

Bukarest, 3. 6. Der neue Zolltarif tritt am 5. Juni in Wirksamkeit.

Kongreß des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen.

Danzig, 3. 6. (T.-U.) Eine Konferenz des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen wurde heute in Danzig eröffnet. Die Verhandlungen werden von Sir Didesen aus London geleitet. Aus Deutschland, Danzig, Dänemark und Polen sind bekannte kirchliche Persönlichkeiten versammelt. U. a. sind anwesend Prof. Dr. Deißmann-Berlin, Prof. Dr. Siegmund-Schultze-Berlin, Generalsuperintendent Dibelius, Generalsuperintendent Kalweit-Danzig, Bischof Ostenfeld-Kopenhagen, Bischof Ammundsen-Haderslehen, Generalsuperintendent Dr. Blau-Posen und Generalsuperintendent Burchardt-Warschau. Die Verhandlungen sind vertraulich und werden bis zum 4. Juni dauern. Heute vormittag wurden die Teilnehmer auf dem Rathause durch den Senat feierlich begrüßt.

Tagung der Vereinigung internationaler Messen.

fr. **Mailand**, 3. 6. (Eigenbericht.)

In Mailand hat die zweite Tagung der im vergangenen Jahre gegründeten Vereinigung der internationalen Messen stattgefunden. Von Deutschland waren Leipzig, Frankfurt und Köln vertreten. Auf Vorschlag von Leipzig wurde wieder die Verteilungszeit der saisonlichen Daten für die Messen beraten, um sie miteinander vergleichen zu können; auf Vorschlag von Paris ist beschlossen worden, daß Mailand nach drei Jahre Sitz der Vereinigung bleiben soll. Der nächstjährige Kongreß dagegen wird in Frankreich sagen. Unter lebhaftem Beifall wurde Rau zum Präsidenten der Vereinigung gewählt; Vizepräsident wurde Dr. Brauer von der Leipziger Messe.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Der Kreuzer „Hamburg" in San Francisco.

Das deutsche Uebungsgeschwader in spanischen Häfen.

San Franzisko, 3. 6.

Dem Kreuzer „Hamburg", der hier eingetroffen ist, wurde von der Behörderung, von der Stadtverwaltung und von den Vertretern des amerikanischen Armee und Flotte ein glänzender Empfang bereitet. Der Bürgermeister Rolph, Flottenkapitän Todd und Oberst Stanton hielten Ansprachen, in denen sie die zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten bestehenden vortrefflichen Beziehungen hervorhoben.

*

Die Schiffe des deutschen Flottenverbandes haben ihre Uebungsfahrt im Atlantik und Mittelmeer planmäßig durchgeführt und sind am 2. Juni zu einer kurzen Ruhepause in spanischen Häfen eingelaufen. Es liegen, wie gemeldet, bei Flottenchef mit den Linienschiffen „Schleswig-Holstein" und „Elsaß" in Barcelona, die Linienschiffe „Hannover" und „Hessen" in Cartagena, die Kreuzer „Nymphe" und „Amazone" in Malaga.

Der Papst über Danzigs Zukunft.

lz. **Danzig**, 3. 6. (Eigenbericht.)

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig äußerte sich bei einem Festmahl zu Ehren des neuen Bischofs der Diözese Danzig wie folgt: Als ich im Dezember 1924 dem Papst in Rom meinen Besuch machen durfte, sprach der Papst von der großen Vergangenheit Danzigs und nannte es eine stolze, schöne Stadt, der er eine glückliche, glorreiche und befriedigende Zukunft wünsche. Durch die Errichtung des Bistums ist diesen wohlwollenden Worten eine wohlmeinende Tat gefolgt. Der Danziger Senat hofft, daß unter dem neuen Bischof die Katholiken deutscher Nationalität und polnischer Nationalität einig und in Frieden zusammenleben. Jede kirchliche Organisation soll kein politisches Institument bilden, sondern ein religiöses Moment sein. Der Senat will betonen und unterstreichen, daß es gilt, den ersten Bischof in sein Amt zu führen, daß es sich um die Schaffung von etwas ganz Neuem handelt, das der staatlichen Selbständigkeit der Freien Stadt Danzig und ihrem völkischen Charakter gerecht wird. Der Danziger Senat dankt hierbei dem Vatikan, aber auch dem neu eingeführten Bischof zerfinnlich. Die jetzt eingetretene Regelung verdankt die Danziger Regierung in erster Linie der von gegenseitigem Vertrauen getragenen Zusammenarbeit, die von Anfang an zwischen dem Bischof und der Staatsregierung besteht."

Diplomatenempfang beim Reichspräsidenten.

Der neue mexikanische Gesandte, Negri, und der jugoslawische Gesandte Smodlaka wurden vom Reichspräsidenten empfangen und überreichten zugleich mit dem Abberufungsschreiben ihrer Regierungen.

Tee in der türkischen Botschaft.

Der türkische Botschafter und Frau Kemaleddin Pascha veranstalteten einen musikalischen Tee, an dem Berliner Diplomaten und Gelehrte sowie andere Freunde des Hauses teilnahmen. Die musikalischen Darbietungen von Frl. Phonla Gyarfas (Geige), Frau Salzmann-Emin Redjebe (Sopran) und Heinz Jollas (Klavier) fanden lebhaften Beifall. Unter den Gästen befanden sich u. a.: Frau Reichsminister Dr. Stresemann, Ministerialdirektor Kiep und Frau, Geheimrat Freiherr v. Richthofen vom Auswärtigen Amt sowie Dr. v. Gwinner und eine Reihe Gelehrter, Künstler und Militärs.

*

Der englische Botschafter Viscount d'Abernon gibt heute anläßlich des Geburtstages des Königs Georg von England einen Empfang für die englische Kolonie.

*

Der italienische Botschafter Graf Aldrovandi-Marescotti wird anläßlich des italienischen Verfassungstages am Sonntag, dem 6. d. M., 11 Uhr vormittags, die italienische Kolonie empfangen.

Die Memelländer im litauischen Sejm.

Arbeitsgemeinschaft der Minderheiten: 6 Deutsche, 7 Andere.

dz. **Königsberg**, 3. 6. (Eigenbericht).

Das „Memeler Dampfboot" meldet, daß die fünf memelländischen Abgeordneten des litauischen Sejm sich nach Kowno begeben haben. Der deutsche Abgeordnete Günther des litauischen Sejm hat sich der memelländischen Fraktion des litauischen Sejm angeschlossen. Die Fraktion nennt sich jetzt offiziell „Memelländisch-Deutsche Fraktion". Außerdem haben sich die Fraktionen der Minderheiten im Sejm zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die 13 Abgeordnete zählt, so daß die Memelländer einschließlich des litauischen Deutschen einen großen Einfluß erlangt haben. Die Volkssozialisten sind an die Memelländer herangetreten und haben gemeinsam mit ihnen über eine Arbeitsgemeinschaft verhandelt und eine Kommission gebildet. Diese Kommission, mit der die Bedingungen beraten werden, unter denen die jetzige Arbeitsgemeinschaft bereit ist, die zu bildende Regierung zu unterstützen, zählt vier Mitglieder.

Das „Memeler Dampfboot" bemerkt dazu: „Es ist sehr erfreulich, daß die Memelländer nun auch Gelegenheit haben, positiv mit dem litauischen Staat zu arbeiten. Daß man an sie herantritt, beweist, wie man ihren Einfluß und ihre Stimme jetzt einschätzt, und wir glauben bestimmt, daß unsere 5 Seimabgeordnete die Interessen des Memellandes energisch vertreten können und werden."

Weiter wird dem „Memeler Dampfboot" gemeldet, daß sich dem litauischen Sejm, der heute zusammentritt, keine neue Regierung vorstellen wird. Eine Einigung zwischen den Volkssozialisten und den Sozialisten ist immer noch nicht zu verzeichnen. Die Sozialisten haben gestern den Volkssozialisten ein langes Programm überreicht, nach dem sie bereit sind, ein neue Regierung teilzunehmen. In der heutigen Sitzung des Sejm wird die Wahl des Sejmpräsidenten vorgenommen werden. Aller Voraussicht nach wird der Volkssozialist Dr. Stagitis gewählt werden.

Pilsudski gegen den Wechsel der Ministerpräsidenten.

kbg. **Wien**, 3. 6. (Eigenbericht.)

Aus Warschau wird über die Vorbereitungen zur Umbildung im wesentlichen folgendes berichtet: Nach der Eidesleistung des neuen Staatspräsidenten am Freitag wird die Regierung Bartel zurücktreten. Ihre Demission, die aber nicht angenommen werden wird. Der gegenwärtige Kabinettschef Bartel wird wohl gern die Leitung der Regierung abgeben und nur die Leitung des Eisenbahnministeriums behalten. Pilsudski hat sich jedoch gegen einen Wechsel in der Person des Regierungschefs ausgesprochen. Der bergetige Handelsminister Oliwicz soll zum Finanzminister ernannt werden. Wegen der Uebernahme des Postens des Handelsministers wird noch mit einem polnischen Industriellen verhandelt.

*

os. **Kattowitz**, 3. 6. (Eigenbericht.)

Die aufsehenerregende Rede Pilsudskis, in der dieser von „Betrügern und Lumpen" sprach, wurde vor einer Reihe von Abgeordneten gehalten, unter denen sich keine Vertreter der Minderheiten befanden. Die deutsche Presse in Polen begrüßt die Tatsache der Richteinladung der Abgeordneten der Minderheiten, die zunächst namentlich bei der jüdischen Minderheit unangenehm empfunden worden sei, mit der Darlegung, daß in der Tat keine Veranlassung zur Einladung der Minderheiten vorgelegen habe, weil sich unter ihren Abgeordneten solche Elemente, wie sie Pilsudski treffen und schrecken wollte, tatsächlich nicht befinden.

Seipels Minderheitenrede in Paris.

Sein Standpunkt in der Frage des Anschlusses.

kbg. **Wien**, 3. 6. (Eigenbericht.)

Der frühere Bundeskanzler Dr. Seipel hat (wie bereits gemeldet, Red.) auf seiner Reise nach Amerika eine Unterbrechung in Paris eintreten lassen. In seiner Antwort auf die Begrüßungsrede Painlevés auf einem Bankett namentlich bei der Besetzung ausgezeichnete berichtet wurde. Red.) äußerte sich Seipel folgendermaßen zur Anschlußfrage:

„Es fällt Oesterreich nicht ein, mit Gewalt oder mit Mitteln der politischen Intrige gegen Verträge, die es unterzeichnete, und gegen die bestehende Ordnung in Europa anzukämpfen. Es droht nicht mit dem Anschluß, aber es will, daß **aus dem Europa von heute ein anderes, besseres werde,** und daß daraus eine positive, die Wohlfahrt aller auftredende Gemeinschaft entstehe." Es müsse endlich daran gegangen werden, zwei Hindernisse, die immer noch und immer wieder den Frieden der Welt bedrohten, zu beseitigen: die unnatürlichen Hemmungen der Wirtschaftsfreiheit und **die unbestehlende und ungleichmäßige Behandlung der nationalen Minderheiten. Wenn diese Hemmungen nicht fielen, wenn der Klassenschrei unterdrückter Minderheiten nicht verstumme, dann werde der Friede keinen Bestand haben.** Daß er dies mit so großem Ernst aussprechen könne, sei führte Seipel aus, werde dazu führen, daß er für einen Pessimisten gehalten werde. Er sei aber dennoch Optimist, da er überzeugt sei, daß diese beiden letzten Hindernisse der Befriedung der Welt überwunden werden, weil Oesterreich mit seiner Forderung nicht allein stehe.

*

Dr. Seipel sprach also nicht gegen den Anschluß Oesterreichs ans Deutsche Reich, den neun Zehntel der österreichischen Bevölkerung erstreben, sondern er betonte nur, daß Oesterreich keine gewaltsame oder durch politische Intrige herbeigeführte Lösung der Anschlußfrage erstrebe.

Zunahme des tschechischen Chauvinismus.

Das Wettrennen nach nationalistischen Schlagworten.

rs. **Prag**, 3. 6. (Eigenbericht.)

Vor drei Jahren haben die deutschen Sozialdemokraten einen Antrag auf Schaffung eines Nationalitätengesetzes eingebracht, der die Unterordnung der gesamten Opposition, nicht aber der tschechischen Sozialdemokraten, fand und fiel. Nunmehr haben die deutschen Sozialdemokraten ihren früheren Antrag wiederholt, der im Justizausschuß des Parlaments von den tschechischen Sozialdemokraten unterstützt wurde, so daß er jetzt im Parlament behandelt werden müßte. Wie allerdings diese Behandlung sein wird, kann heute noch nicht vorhergesagt werden. Jedenfalls ist er stark von den gegenwärtigen Stimmungen der tschechischen Parteien abhängig.

In einer Volksversammlung der Nationaldemokratischen Partei ist der bezeichnende Beschluß gefallen: „Die Straße gehört nicht nur den Kommunisten, sie gehört auch uns". Die Versammlung war der deutliche Beweis dafür, daß die tschechoslowakischen Faszisten Anlehnung an die Nationaldemokratische Partei suchen, und daß diese selbst keine Bedenken trägt, auf diese Weise Wähler zu finden, um ihren parlamentarischen Besitzstand bei den nächsten Wahlen zu erweitern. Es wurden

scharfe Reden gegen die Deutschen

und die Juden gehalten, wobei man sich nicht scheute, mit reichlichen Unwahrheiten zu hetzen. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß dieser Kampf um die Straße letzten Endes keine parlamentarischen Rücksichtungen haben wird.

rs. **Prag**, 3. 6. (Eigenbericht.)

Das Spiel des tschechischen Bürgertums mit dem Faszismus hat nicht nur ein politisches Gegenspiel der tschechischen Sozialisten ausgelöst, sondern auch ein nationales Scharmachen auf sozialistischer Seite. Bezeichnend dafür ist ein Aufsatz im sozialdemokratischen Hauptblatt, in dem gefordert wird, daß die sogenannte Bodenreform „sozialer" durchgeführt werde, damit das Grundeigentum bei seiner Zerschlagung aus den Händen der deutschen Kapitalisten in die Hände der tschechischen Kleinen Leute gelange. Da es sich bereits als fatal falsch erwiesen hat, daß der Boden in einer solchen Weise — es handele sich meist um Arbeiter, die mit der Landwirtschaft jede Verbindung verloren haben — aufgeteilt wurde,

weil die Produktion sinkt und die Ernährungsverhältnisse verschlechtert werden,

wird es klar, daß diese nationalistische Geste der tschechischen Sozialdemokraten nichts anderes bedeutet, als dem bejeichnen Geboren der tschechoslowakischen Nachahmer Mussolinis Konzessionen zu machen.

In ähnlicher Weise muß die neuerliche Aufforderung des auf Grund der Tatsachen bereits als unsinnig erwiesenen Schlagworts von der Sozialisierung der Gruben — insbesondere der Kohlengruben — anmuten, die die tschechischen Nationalsozialisten eben jetzt wieder mit größter Energie propagieren. Auch mit diesem Schlagwort glauben sie den verschärften nationalen Tendenzen Rechnung tragen zu sollen.

Wie sehr sich überall die nationalistischen Bestrebungen durchsetzen, geht aus der ängstlichfleinlichen

polizeilichen Besprüfung der Ausdrucksprache der deutschen Juristen

anläßlich ihrer Pfingsttagung in Marienbad hervor, bei der sie weder über die „Bodenreform" noch über das drohende Bäderge'etz sprechen durften. Bloß ein tschechisches Referat einen anderen Stand treffen, könnte ein Eingriff der Polizei vielleicht dahin verstanden werden, daß eine unsachliche Aussprache verhindert werden sollte; aber den deutschen Universitätsprofessoren, Richtern, Rechtsanwälten, Notaren usw. die Kritik der Rechtsentwicklung zu untersagen, ist nicht allein vom Standpunkt der Rechtsfreiheit, sondern auch vom praktischen Standpunkt aus gesehen, tief zu bedauern und zu verwerfen. Die ständige Verletzung des deutschen Juristentages in der Tschechoslowakei steht unter der Leitung eines der tätigsten ethnischen Hetzer, des Abg. Prof. Dr. Mayr-Harting, und kann nicht nur, sondern muß auf die innerpolitische Gestaltung Einfluß haben.

Die Beamtenregierung Cerny ist lediglich bemüht, einige Arbeiten des Parlamentes zu ermöglichen. Sie weiß recht gut, daß sie dies nur erreichen kann, wenn sie den Parteien in nationaler Beziehung keine Gemeinsamkeit auferlegt. So nimmt der Nationalismus der tschechischen Links- und Rechtsparteien zu — ob zum Vorteil des Staates, wird sich in naher Zukunft zeigen.

kbg. **Wien**, 3. 6. (Eigenbericht.)

Der wegen seiner ungünstigen Agrarforderungen in drohende Konflikt zwischen der österreichischen Mittelschuldherren und der Regierung steht vor seiner friedlichen Beilegung. Die Regierung hat den Herren gewisse Zugeständnisse gemacht. Es folgen weitere Verhandlungen mit der Regierung, die einen baldigen günstigen Abschluß erwarten lassen.

fr. **Mailand**, 3. 6. (Eigenbericht.) Ende dieses Monats tritt die neuerrichtete Kolonie Transjuba-Land unter die Verwaltung des Gouverneurs von Somaliland, das dann ganz Italienisch-Ostafrika eine Verwaltungseinheit bildet.

a. **Paris**, 3. 6. (Eigenbericht.) Mehrere Bezamte des französischen Innenministeriums wurden verhaftet, da ihr gegen entsprechende Geldsummen nicht nur Naturalisationsgesuche einer beschleunigten Erledigung zuführten, sondern auch unerwünschte Auskünfte der Polizei aus den Akten verschwinden ließen.

a. **Paris**, 3. 6. (Eigenbericht.)

Nach einer Havasmeldung aus Fez verbreitet sich dort das Gerücht, Abd el-Krim solle in einigen Tagen nach Fez übergeführt werden. Der Generalresident von Marokko, Steeg, sei bereits nach Fez abgereist.

Athen, 3. 6. Staatspräsident Pangalos reiste heute in Begleitung des Verkehrsministers Tavoularis nach Korfu ab, um der Jahresfeier der Vereinigung der Jonischen Inseln mit Griechenland beizuwohnen. Pangalos wird dann Epirus besuchen.

Die ungarische Denkschrift zur Abrüstung.

Von Generalmajor a. D.
v. Frankenberg u. Proschlitz.

Die ungarische Regierung hat bekanntlich der vorbereitenden Kommission der Abrüstungskonferenz im Genf eine Denkschrift überreicht, in der sie zu den sieben Vorfragen des Völkerbundrates eingehend Stellung genommen und aus deren Erörterung ganz bestimmte, klar und scharf umrissene, gut begründete Vorschläge hergeleitet hat, wie das Problem einer Rüstungsbeschränkung überhaupt angefassen sei, um zu praktischen Ergebnissen zu kommen, wie weit man gehen könne, ohne den Boden der Wirklichkeit und Ausführbarkeit zu verlassen, und was als unerreichbar oder utopisch von vornherein abgelehnt werden müsse. — Der Denkschrift sind Vergleichsübersichten angefügt, einmal zwischen den militärischen Kraftquellen des ehemaligen Ungarn der Vorkriegszeit und dem „verstümmelten" Ungarn nach dem Frieden von Trianon, sodann der militärischen Lage des „entwaffneten" Ungarn inmitten der waffenstarrenden Nachbarn der kleinen Entente. Für das schiefe Gewissen der großen und kleinen Siegerstaaten war der unsinnig sich äußernde Unwille kennzeichnend, mit dem die Denkschrift, insbesondere aber die Beweisführung durch diese Vergleichsübersichten von dem Diktat von Trianon, aufgenommen wurde. Zumeist hin wagte man doch nicht, sie beiseite zu schieben, sondern mußte ihr Material wohl oder übel den Unterkommissionen überweisen.

In der deutschen Oeffentlichkeit sind vor der Konferenz Gedankengänge, wie sie die ungarische Denkschrift enthält, genugsam erörtert worden, und man hätte die gleichen Forderungen auch von unserer Seite ausstellen können, wenn man an Stelle der „Hongrie mutilée" das „verstümmelte Deutschland" hätte sprechen lassen. Ihrer Beschaffenheit halber sei auf die wesentlichen Punkte der ungarischen Denkschrift hier kurz zusammenfassend eingegangen.

Eine allgemeine radikale Abrüstung läßt sich einfach nicht durchsetzen und ist deshalb utopisch; denn jeder Staat muß das Recht bleiben, sich zur Sicherung seiner Existenz zu bewaffnen. Das andere Extrem, die allgemeine unbedrängte Rüstungsfreiheit, führt zum Wettrüsten, das schließlich in einen Krieg auszumünden muß, und befaßt die nach dem Weltkriege allgemein finanziell niedergebrochenen Völker in unverantwortlicher Weise. Wenn erstenes nun nicht zu erreichen ist und letzteres vermieden werden soll, muß man sich mit Rüstungseinschränkungen bescheiden. Wenn diese so weit geglückt sein werden, daß plötzliche und überraschende Angriffe unmöglich werden, so ist das Maximum desser erreicht, was wir zu erreichen helfen können."

Den Einschränkungen müssen sich natürlich alle unterwerfen, wenn anders merkbare Ergebnisse erzielt werden sollen. Die augenblickliche Ungleichheit ist der eine Faktor, der es nicht nur ein Unrecht, die Welt dauernd in Sieger, Besiegte und Neutrale einzuteilen und gänzlich verkehrte Völker mit waffenstarrenden Bündnissen zu umklammern, sondern es drängt auch erstere in die Lage und den Geist von Staaten, die darauf sinnen, ihre Ketten zu zerbrechen. Solcher Geist wird aber immer den Angriffsgeist der unmittelbaren Nachbarn eines schönen Tages übertreffen. Also gleiches Recht für alle, wenn man einen erträglichen Zustand herbeiführen will!

Auch die Rüstungseinschränkungen werden einen Krieg nicht aus der Welt schaffen, aber ihn seltener werden lassen und der Maßlosigkeit seiner Ausdehnung entgegenwirken. Sie garantieren allen Staaten eine gewisse Sicherheit, weil sie die Entwicklung eines Angriffs erschweren und verlangsamen, so daß der angegriffene Staat auf rechtzeitiges Einsetzen der Hilfe gemäß § 16 rechnen kann. — Zu dem erreichbaren Ziele kommt man nicht kriegerisch mittels verwickelter Prozeduren. Es muß auch allsbald etwas geschehen, wenn nicht der Völkerbund sich um seinen Kredit in der Welt bringen, vielmehr an Macht und Wichtigkeit gewinnen will.

Es gibt Defensivwaffen; wie z. B. Festungen — mit Ausnahme von Brückenköpfen —, Küstenbatterien, Minensperren, die keiner Einschränkung bedürfen, weil sie nur einer bestimmte Rüstungserscheinungen, die zweifelsfrei ausschließlichen Angriffscharakter tragen. Das sind z. B. der Fall, wenn die Militärmacht und die Kriegsvorbereitungen eines Landes unvergleichlich viel bedeutender sind, als die seiner Nachbarn, die nach der politischen Lage allenfalls als Gegner in Betracht kommen können. Reine Offensivwaffen verraten sich durch die Artillerie allerschwerster Kaliber, große Mengen an Kampfwagen und Panzerkraftwagen, starke Militärflugzeugorganisationen mit zahlreichen Flugzeugmutterschiffen, Waffenbau und Gasschutz zur Entwicklung von Giftgasen und Ausrüstungen, die nur jenseits der eigenen Grenzen Zweck haben, wie z. B. die Brückentrains in einem Lande ohne bedeutende Ströme, wahrend solche im Nachbarlande vorhanden sind. Solche Rüstungserscheinungen wären zu unterdrücken. —

Im übrigen aber geht überall die Entwicklung der kriegerischen Kräfte von dem Friedenheere, seiner Ausbildung und Ausrüstung, seinen Waffen- und Ausrüstungsniederlagen und der Industrie aus, die ausschließlich Kriegsmaterial herstellt. Die Friedenheeresind auch baseinzig Greifbare für eine Vergleichsgrundlage. Zu zahlreiche die Lagerung Streitkräfte und je größer die Mengen des niedergelegten Kriegsmaterials im Frieden sind, um so weniger muß im Ernstfalle beschafft werden, und je größer und reicher ausgestattet ein Friedenheer — auch bekniäp — ist, um so besser kann seine Vorbildung sein. Also muß die Friedensarmee mit ihren Bereitstellungen zur Komplettierung das erste wirkliche Objekt aller Abrüstungsbestrebungen sein.

Rahmenheere mit allgemeiner Wehrpflicht sind zwar verhältnismäßig billig, aber sie stellen den höchsten Grad von Rüstung dar und tragen einen offensiven Charakter, wie die neuere Geschichte erwiesen hat. Söldnerheere können zwar nur klein sein und sich nicht